Hildesheimer Allgemeine Zeitung v. 24.12.2014

Minister will zweiten Kaliberg bei Giesen verbieten

GIESEN. Debatte in der Landesregierung um die mögliche Wiederaufnahme des Kaliabbaus bei Giesen: Umweltminister Stefan Wenzel würde das Aufschütten eines zweiten Kalibergs gern verbieten. Bis Ende Januar will der Grünen-Politiker prüfen lassen, ob das rechtlich möglich ist – oder ob das Land dem Konzern Kali + Salz eine weitere Abraumhalde nicht verwehren kann. Das Unternehmen hält einen neuen Kaliberg für unverzichtbar und bekommt dafür Rückendeckung aus dem niedersächsischen Wirtschaftsministerium. Das Genehmigungsverfahren für das 500-Millionen-Euro-Projekt startet Anfang 2015.

» Das Politikum Seite 23

Minister will Kaliberg-Verbot prüfen

Spannungen in der Landesregierung: Umweltminister will keine neue Halde, Wirtschaftsminister will Jobs

VON TAREK ABU AJAMIEH

GIESEN. Um die geplante Wiederaufnahme des Kaliabbaus bei Giesen entbrennt ein Tauziehen innerhalb der niedersächsischen Landesregierung. Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) möchte einen zweiten Kaliberg bei Giesen verhindern. Wirtschaftsminister Olaf Lies hingegen bangt um den Erhalt von 700 Arbeitsplätzen und jede Menge Knowhow, wenn der Kasseler Konzern Kali + Salz um das Jahr 2020 den Betrieb im Bergwerk Sigmundshall bei Wunstorf aufgibt. Klar scheint: Am Ende des in Kürze startenden Genehmigungs-Verfahrens für das Giesener Bergwerk steht eine „politische Entscheidung", wie es in beiden Ministerien heißt.

Wenzel hatte sich schon vor seinem Amtsantritt als Minister im Frühjahr 2013 mehrmals gegen Abraumhalden im Kalibergbau ausgesprochen. Erst in diesem Sommer hatte er sich erneut in dieser Richtung geäußert, ein Sprecher des Ministeriums hatte das auf Anfrage relativiert: Es sei abzuwarten, ob sich der Verzicht auf einen neuen Kaliberg „in der Genehmigung realisieren lässt."

Doch dafür will Wenzel offenbar alle Möglichkeiten ausloten. Deshalb will er bis Ende Januar prüfen lassen, ob ein Verzicht auf eine Halde „rechtlich durchsetzbar" ist, wie es im Ministerium heißt. Sprich, ob das Landesamt für Bergbau und Energie (LBEG), das das Genehmigungsverfahren führt, Kali + Salz verbieten kann, bei Giesen einen zweiten Kaliberg aufzuschütten. Einen gibt es dort schon, er rührt aus dem Bergwerks-Betrieb von 1908 bis 1987 her und gilt als Wahrzeichen des Ortes.

Allerdings bedeckt er auch eine Menge guten Ackerboden, bei Regen werden Salzrückstände in die nahe Innerste geschwemmt. Ein zweiter Kaliberg würde sogar noch mehr Fläche beanspruchen, soll allerdings flach angehäuft werden und laufend mit Mutterboden abgedeckt werden. Denn mehr Salz als bisher darf der Konzern bei Giesen gar nicht ableiten. Kritiker vor Ort argumentieren zudem mit der Verschandelung der Landschaft, dem Verlust von Naherholungs-Flächen und der Sorge, dass Salzrückstände auf die Felder und auf nahe Grundstücke geweht werden.

Kali + Salz betonte auf Anfrage, man bleibe bei der bisherigen Argumentation. Demnach könne das Unternehmen zwar einen Großteil der Abbau-Rückstände wieder unter Tage bringen, aber eben längst nicht alles – rund 40 Prozent müssten deshalb woanders Platz finden. Klassische Lösung dafür und „Stand der Technik", wie Konzernsprecher Ulrich Göbel betont: eine sogenannte Abraumhalde, im Volksmund Kaliberg genannt. „Wir müssen es im Genehmigungsverfahren aber ohnehin begründen, wenn wir meinen, eine solche Halde zu benötigen." Das Unternehmen hat bisher zudem stets erklärt, ohne Kaliberg-Erlaubnis sei der Bergwerks-Betrieb nicht wirtschaftlich und hätte keine Chance.

Olaf Lies
Foto: dpa

Genau das möchte wiederum Wirtschaftsminister Olaf Lies auf jeden Fall vermeiden. Sprecher Stefan Wittke bestätigt offiziell nur Wenzels „Prüfauftrag", doch im Ministerium sammeln die zuständigen Mitarbeiter offenbar schon reichlich Argumente für die Wiederaufnahme des Kaliabbaus. Wenn Wunstorf-Sigmundshall um 2020 schließe und der Betrieb in Giesen dann nahtlos wieder beginne, könnten „rund 700 Arbeitsplätze und jede Menge Knowhow" im Land gehalten werden, heißt es dort.

K+S will wie berichtet Anfang 2016 über eine Wiederaufnahme des Kaliabbaus entscheiden, viel spricht für ein Ja aus der Kasseler Konzernzentrale. Mindestens 40 Jahre Abbau sind geplant, grob 500 Millionen Euro will der Konzern nach eigenen Angaben investieren und 500 Arbeitsplätze schaffen, hinzu kämen rund 200 bei Zulieferern und Dienstleistern.

Stefan Wenzel
Foto: dpa

Dafür müsse man wohl im Zweifel auch einen neuen Kaliberg in Kauf nehmen, wenn auch so klein wie möglich, ist die Haltung im Wirtschaftsministerium. Ein Mitarbeiter unkt zum Beispiel: „Ob es ökologisch sinnvoller ist, den Abraum mit 25 Lastwagen pro Tag zu einem anderen Bergwerk zu transportieren, um ihn dort unterzubringen, sei einmal dahingestellt."

Pikant daran: Das LBEG als Genehmigungs-Behörde ist dem Wirtschaftsministerium unterstellt. Umweltminister Wenzel, unter anderem für die Wasserqualität im Lande zuständig, kann dem Amt zwar keine Anweisungen erteilen, wohl aber Prüfaufträge wie jetzt den zum Halden-Verbot, wie das Wirtschaftsministerium bestätigt. Und: Wenzel ist nicht nur Umweltminister, sondern auch stellvertretender Ministerpräsident. Selbst das Szenario, das Ministerpräsident Stephan Weil am Ende zwischen beiden Ressorts schlichten muss, gilt in Hannover als „nicht ausgeschlossen".

So richtig sicher ist sich allerdings auch das Umweltministerium seiner Sache nicht: „Die Frage ist allerdings, welche Möglichkeiten dafür angesichts des für K + S gültigen Rechtsrahmens für Bergwerksbetriebe bestehen", sagte Sprecher Rudi Zimmeck gestern.

Soll es bei Giesen noch einen Kaliberg geben, womöglich größer als der bestehende? Darübe scheiden sich offenbar auch in der Landesregierung die Geister. Foto: Moras

Die Anlieger dürfen hoffen

KOMMENTAR
VON
TAREK ABU AJAMIEH

Dass es zum Kaliabbau in Giesen keine rein geologisch-fachliche Entscheidung geben würde, war klar. Das Projekt ist zu groß, um nicht Gegenstand politischer Debatten zu sein. Zudem ist das Genehmigungs-Verfahren landesweit einmalig – und damit nicht geeignet, eingefahrenen Standards zu folgen. Vielmehr steht eine klassische Abwägung zwischen ökonomischen und ökologischen Zielen an.

Insbesondere für die Anlieger ist das eine gute Nachricht. Umweltminister Wenzel kann eine weitere Kalihalde nicht im Alleingang verhindern. Aber es ist unwahrscheinlich, dass er das Verfahren ohne greifbaren Erfolg verlässt – zumal er nicht nur Minister, sondern auch stellvertretender Ministerpräsident ist. In der Position weckt man keine Erwartungen, wenn man nicht wenigstens einen Teil auch erfüllen kann.

Wirtschaftsminister Olaf Lies wird hingegen alles unternehmen, damit der Kaliabbau bei Giesen kommt. Sein Ressort denkt an Arbeitsplätze, Knowhow und Infrastruktur. Dinge, die Wenzel kaum verhindern wollen dürfte – nur stellt er Bedingungen.

Das bedeutet: Wer befürchtet hat, im Genehmigungsverfahren würden Kali + Salz alle Wünsche vorbehaltlos erfüllt werden, hat Grund zur Hoffnung. Wer für den Abbau ist, muss aber nicht verzweifeln. Vielmehr könnte das Tauziehen in der Regierung am Ende genau das bewirken, was wohl die Mehrheit der Giesener will: Einen Abbau, der Jobs bringt – aber möglichst wenig Belastungen für Anwohner und Umwelt. Die Messlatte für das Verfahren liegt hoch, Bürger und Politik werden es mit Argusaugen verfolgen.